

Ressort: Politik

Ifo-Chef Sinn kritisiert Regierungsbeschluss zum Rettungsfonds ESM

München, 09.07.2014, 21:53 Uhr

GDN - Der Präsident des Ifo-Instituts in München, Hans-Werner Sinn, kritisiert in einem Gastbeitrag für die F.A.Z. einen Beschluss des Bundeskabinetts vom Mittwoch: Demzufolge will die Bundesregierung die Mittel des gemeinsamen Rettungsfonds ESM für die Finanzierung der maroden Banken der Krisenländer in Südeuropa verfügbar machen. "Was lange bestritten wurde, wird nun wahr", schreibt Sinn. "Die deutschen Steuerzahler sollen doch an den Kosten der Bankenrekapitalisierung in Südeuropa beteiligt werden."

Nach einer Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger von zusammen nur acht Prozent der Bilanzsumme einer Bank und einer möglichen Beteiligung des neuen Rettungsfonds in Höhe von fünf Prozent, verbleibe eine rechnerische Deckungslücke von 87 Prozent. "Dafür dürfen nun im Falle des Falles die Steuerzahler gerade stehen, und zwar nicht nur die Steuerzahler der betroffenen Länder selbst, sondern in gemeinschaftlicher Haftung auch die Steuerzahler anderer Länder", heißt es in Sinns Gastbeitrag weiter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-37533/ifo-chef-sinn-kritisiert-regierungsbeschluss-zum-rettungsfonds-esm.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619